



Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0004/2024

Vorlage: ST/0066/2024		Datum: 25.04.2024	
Dezernat 4			
Verfasser:	67-EB Grünflächen- und Bestattungswesen	Az.: 67/Mo	
Betreff:			
Antrag der WGS-Fraktion: Einrichtung von "Fairnesszonen" in den Rheinanlagen			
Gremienweg:			
14.05.2024	Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Stellungnahme:

Die Rheinanlagen stehen in der Verwaltung des Eigenbetriebes Grünflächen- und Bestattungswesen. Die bekannten Konfliktstellen Rampe Mozartbrücke und Spielplatz „Mainzer Straße“ wurden bereits entschärft. Zwischen Mozartstraße und Rheinanlagen gibt es eine neue Rampe, die erheblich breiter ist als die alte. Am Spielplatz wurden Aufmerksamkeitsstreifen im Wegebelaag eingebaut. Die insgesamt sechs als Streifen angelegte Natursteinpflasterungen heben sich mit ihrer Einbauhöhe, ihrer Farbe und ihrer unregelmäßigen Struktur vom Promenadenbelag ab und machen den Radfahrer visuell und physisch auf den Ein- und Ausgang des Spielplatzes aufmerksam. Durch die Arbeit in den Rheinanlagen hat der Eigenbetrieb die Erfahrung gemacht, dass die gegenseitige Rücksichtnahme des Rad- und Fußverkehrs vom einzelnen Radfahrer und Fußgänger abhängt und nicht davon abhängig ist, ob inoffizielle Verkehrszeichen oder Ähnliches auf der Promenade aufgebracht sind. Aus den vorgenannten Gründen und der zu erwartenden optischen Beeinträchtigung der historischen Rheinanlagen durch eine massive Bodenmarkierung ist es Seitens des Eigenbetriebes nicht beabsichtigt „Fairnesszonen“ in den Rheinlagen einzurichten. Überdies sind für solche Maßnahmen die Mittel im Haushalt nicht vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel sind nicht vorhanden.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität, dem Antrag nicht zu folgen.